

Tudeh-Info

Informationsblatt der Tudeh Partei Iran

21. Februar 2008, Nr. 52

<http://www.tudehpartyiran.org>



Die Erklärung des ZKs der Tudeh- Partei des Iran!

Eine Wahlbeteiligung in einer Situation, in der die herrschenden Reaktionäre die elementaren Rechte der Bürger auf Wahl ihrer Interessenvertreter brutal unterdrücken, führt nur zur Festigung der Lage der Reaktionäre und Missachtung der Forderungen der Volksbewegung und des Reformprozesses im Iran.

Wie unsere Partei und einige andere fortschrittliche und freiheitsliebende Kräfte voraus gesehen hatten, haben die herrschenden Reaktionäre unter brutaler Verletzung der Bürgerrechte Tausende Kandidaten in verschiedenen Städten von der Teilnahme an der 8. Wahl des Islamischen Parlaments des Iran ausgeschlossen. Die absurde Begründung: „Mangelnde Loyalität gegenüber dem Obrigkeitsregime“!

Mit der Ablehnung der Kandidatur Tausender Kandidaten seitens von der Reaktion eingesetzten Exekutiv- Ausschüsse ist eine freie Kandidatenauswahl unmöglich geworden. Nach Bekanntgabe der „Nichteignung“ der Kandidaten in verschiedenen Städten berichteten Medien von einer Sondersitzung von Khatami (ehem. Staatspräsident), Karubi (ehem. Parlamentpräsident) und Rafsanjani (Vorsitzender des Expertenrates).

Nach unserer bisherigen Einschätzung versucht die Reaktion nun, die „Regierungsreformer“ dazu zu bewegen, sich mit der Zulassung einer geringen Anzahl an Bewerbern für das Parlament zufrieden zu geben, so dass das derzeitige Kräfteverhältnis im zukünftigen Parlament nicht beeinträchtigt wird. Somit kann die Reaktion ihre vernichtende Monopolstellung bei Exekutiv-, Legislativ- und Justiz-Gewalt aufrecht erhalten.

Die Realisierung dieses Plans hätte für die Reaktionäre zwei Haupteffekte:

Erstens: Durch Wahlbeteiligung der Regierungsreformer könnten die herrschenden Reaktionäre behaupten, es hätten korrekte Wahlen stattgefunden, und ihnen sei es gelungen, die meisten „Stimmen des Volkes“ für Parlamentssitze zu erringen.

Zweitens: Eine Beteiligung der Regierungsreformer an den Wahlen würde insbesondere im Hinblick auf die Ereignisse innerhalb der letzten drei Jahre, nämlich verschärfte Unterdrückung der Rechte und Freiheiten des Volkes, darunter Attacken gegen die Gewerkschaftsbewegung und Inhaftierung der Arbeiter, breite Übergriffe auf Universitäten zur Zerschlagung der Studentenbewegung und brutale Überfälle und Festnahmen von Aktivistinnen der Frauenbewegung, so wie die wachsende Armut in der Gesellschaft, mehr als zuvor dazu führen, dass sich diese Reformkräfte von ihrer sozialen Basis trennen. Dies würde zu ihrer völligen politischen Vertrauensunwürdigkeit führen.

Darüber hinaus könnte die Reaktion mit Hilfe eines solchen Manövers die breite Front der Reformkräfte mit Schwierigkeiten und Spaltung konfrontieren und letztlich bei minimalem Aufwand ihre politische Konkurrenz gänzlich ausschalten.

Unsere Partei hat in den letzten Wochen immer wieder erklärt, dass die richtige Antwort auf die Manöver der Reaktion nicht darin bestehen kann - unter dem Vorwand „Schutz des Systems“ und „Sicherheit des Landes“ Nachsicht zu üben, sondern ausschließlich in der Mobilisierung der Volkskräfte und Verstärkung der Protestwelle gegen die Politik der exekutiven Wahlorgane und des Wächterrats bestehen kann.

Wir bekräftigen, dass ohne breite landesweite Protestaktionen und konsequente Bekämpfung der Politik der Säuberungsaktionen, die herrschenden Reaktionäre nicht zurückgedrängt werden können. Mit bloßen Ratschlägen aus „Mitgefühl zum Schutz des Systems“ und Handeln hinter verschlossenen Türen kann das Regime nicht zur Respektierung der Forderungen des Volkes gezwungen werden.

Bedauerlicherweise haben, nach Bekanntgabe der breiten Streichung der Kandidaten der Regierungsreformer, noch einige Führer der Reformer, statt die öffentliche Meinung zu mobilisieren, noch Kontakte zu den Reaktionären gesucht, um über eine „Regulierung“ ihrer Forderungen zu verhandeln.

Die derzeitige eingeleitete Politik der „Mäßigung“, die von Rafsanjani und Karubi vorgeschlagen wurde und von einigen Reformern verfolgt wird, ist als die Fortsetzung des versöhnlichen und gescheiterten Programms „aktiver Ruhe“ und „Handelns auf höherer Ebene“ anzusehen, das während der Regierungszeit vom Khatami letzten Endes zu Misstrauen der Bevölkerung in den Reformprozess, zur Kapitulation seiner Regierung vor beispiellosen Wahlfälschungen und schließlich zur Ernennung Ahmadinejads zum Staatspräsidenten geführt hat.

Ein Wiederholen dieser gescheiterten Politik, deren katastrophalen Ergebnisse offen zutage liegen, kann nicht mehr als politischer Fehler oder Unerfahrenheit bezeichnet werden.

Es deutet eher auf Misstrauen dieser Kräfte gegenüber dem Volk und Abwendung von ihm und von der Reformbewegung hin.

Obwohl im Rahmen der Fortsetzung des „Rechtsgelehrten - Regimes“ die Vorstellung der Durchführung freier Wahlen illusorisch erscheint, sind wir trotzdem der Meinung, dass alle Möglichkeiten, und seien sie noch so gering, genutzt werden müssen, um die Interessen der Volksbewegung voranzutreiben.

Die Reaktionäre haben in den letzten 3 Jahren offen von den Gefahren, die die 8-jährige Reform-Regierung Khatamis für sie gebracht hat, gesprochen und erklärt, dass sie eine Wiederholung nicht nochmals zulassen würden. Die jetzigen Ausgrenzungsversuche sind Bestandteile dieser Politik, die sich im Falle ihrer Umsetzung bei den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr wiederholen würden.

Es muss alles getan werden, damit es der Reaktion nicht gelingt, mit der Ablehnung von Tausenden andersdenkenden Kandidaten erneut der Gesellschaft ihren Willen aufzudrängen.

Wir rufen wiederholt alle fortschrittlichen, freiheitsliebenden Kräfte des Landes so wie die Regierungsreformer auf, gegen die reaktionäre Politik Widerstand zu leisten.

Angesichts der krisenhaften Situation des Landes - Anhäufung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Schwierigkeiten und zunehmend politischer Probleme, im Zuge zunehmender Spannungen in der Beziehungen zwischen Volk und Regierung im Inland sowie Sensibilität und Kompliziertheit der Beziehungen zum Ausland - ist es sehr wichtig, dass eine entschlossene und wirksame Kraft im Zentrum der Gesetzgebung des Landes agiert. Die Annahme des Mandats des Volkes ist daher derzeit mit noch größerer Verantwortung verbunden.

Die jetzt auserwählten Kandidaten für das künftige Parlament können nur Mandatsträger der Reaktion aber nicht die des Volkes sein.

Vor dem Hintergrund der bitteren Erfahrungen mit den letzten Parlaments-, und Präsidentschaftswahlen wären die Massen sehr wohl bereit, erneut Regierungsreformer zu wählen. Dabei würde jede Art von Fahrlässigkeit, Kompromiss oder Handeln in der jetzigen Situation, die einmalige Chance, die die Reformer an und für sich den Reaktionären verdanken, aufs Spiel setzen. Nur mit der Bildung einer breiten Protestbewegung kann die praktizierte Politik seitens der Reaktionäre gestoppt und geändert werden.

Es muss durch die Unterstützung der gesellschaftlichen Kräfte das elementare Recht des Volkes zur Wahl seiner wirklichen Vertreter verteidigt werden.

ZK der Tudeh-Partei des Iran

1. Feb. 2008

(Leicht gekürzt aus „Nameh Mardom“- Zentralorgan der Tudeh-Partei Iran, Nr.783, - 03.02.2008)